

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 52 (1960)
Heft: 10

Artikel: Der Britische Gewerkschaftskongress
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353957>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Britische Gewerkschaftskongreß

Der alljährlich in der ersten Septemberwoche abgehaltene Kongreß des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC), der 189 Verbände mit insgesamt mehr als 8 Millionen Mitgliedern vereinigt, ist immer *das* innenpolitische Ereignis, das die politische Herbstsaison einleitet. Diesmal war das in noch weit stärkerem Maße als sonst der Fall, freilich nicht aus Gründen, die mit den gewerkschaftlichen Problemen im engern Sinne zusammenhängen. Das Interesse der Öffentlichkeit war auf die dramatischen Auseinandersetzungen um eine Frage konzentriert, die rein politisch ist, nämlich um die Frage der *Kernwaffen*. Dabei ist das ein Problem von im Augenblick rein theoretischer Bedeutung für die britische Gewerkschaftsbewegung, denn die Labour Party, die in diesem Falle als das ausführende Organ des politischen Willens des Gewerkschaftsbundes auftritt, steht in Opposition und kann daher solchen Beschlüssen nicht zur Durchführung verhelfen.

Die Auseinandersetzung um die Kernwaffen

Die seit Jahren angehende Auseinandersetzung um die Kernwaffen hat sich in der Zwischenzeit derartig kompliziert, daß es nicht leichtfällt, die ganz ungewöhnliche Entscheidung, die auf dem Gewerkschaftskongreß in Douglas auf der Insel Man gefallen ist, zu erklären, daß sie viel zu verwickelt ist, um vom einfachen «Menschen auf der Straße» verstanden zu werden, ist denn auch der Haupteinwand gegen die Verteidigungspolitik, auf die sich Labour Party und Gewerkschaftsbund im Juli dieses Jahres geeinigt haben. Soll man auf die atomaren Waffen einseitig verzichten und sich dem Glauben hingeben, daß andere dann davon so beeindruckt sein werden, um auch ihrerseits einen Verzicht vorzunehmen? Oder soll man ein internationales Abrüstungsabkommen anstreben, das der Menschheit einen allseitigen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen sichert? Das sind die beiden einander entgegenstehenden Standpunkte, wenn man von den vielen Nuancen absieht, die auch zu Worte kommen. Bisher hat jedenfalls immer sowohl im Rahmen der Arbeiterpartei als auch auf Kongressen des TUC der Grundsatz gesiegt, daß man die Solidarität des Westens hochhalten und in diesem Rahmen versuchen muß, der Bedrohung des Friedens entgegenzutreten und sich um eine allseitige Abrüstung zu bemühen.

Im Laufe des letzten Jahres hat sich aber eine Reihe zahlenmäßig sehr starker Gewerkschaften mit größerer oder geringerer Eindeutigkeit dem «Unilateralismus», dem Wunderglauben an die Wirkung eines einseitigen Verzichts, verschrieben. Partei und Gewerkschaftsbund versuchten, diese Welle aufzufangen, indem sie in der neuen Erklärung vom Juni 1960 den «Unilateralisten» gewisse Zugeständ-

nisse machten: Festhalten an Nato sollte mit der Forderung verbunden werden, daß der britische Beitrag zur Verteidigung des Westens *in Zukunft* nur in Gestalt von «herkömmlichen» Waffen geleistet werden soll. Das war vor allem darauf berechnet, die Zustimmung des Metallarbeiterverbandes (Amalgamated Engineering Union, AEU) zu sichern, dessen Konferenz gegen den Rat der Verbandsleitung eine Resolution beschlossen hatte, die eine *weitere* Erzeugung britischer Kernwaffen ablehnte.

Die meisten Gewerkschaften schicken ihre Vertreter zum Gewerkschaftskongreß und zum Labourparteitag mit einer festen Marschroute, wie sie sich in umstrittenen Fragen verhalten sollen. Im Gegensatz dazu besteht bei AEU die Uebung, daß die Entscheidung der jeweiligen Delegation überlassen bleibt. Nun handelt es sich um eine Organisation, die mit über 900 000 Stimmen auf dem TUC-Kongreß (und etwa 600 000 auf dem Parteitag) oft eine Schlüsselstellung hat. *William Carron*, der Verbandspräsident, ein treuer Gefolgsmann der offiziellen Führung, versuchte nun, in den Vorberatungen in Douglas durchzusetzen, daß seine Delegation der gemeinsamen Erklärung von Labour Party und TUC vom Juli des Jahres in Fragen der Kernwaffen zustimmt und Anträge ablehnt, die Großbritannien einen einseitigen Verzicht auferlegen wollen. Das ist ihm nicht gelungen. Dafür erreichte er aber einen auf den ersten Blick recht sonderbaren Beschluß: Seine Delegation würde für beide Standpunkte stimmen, sowohl für die offizielle Linie von Partei und Gewerkschaftsbund als auch für die oppositionelle Resolution, die, ohne es auszusprechen, den einseitigen Verzicht auf Atomwaffen propagiert. Ein widerspruchsvoller Beschluß? Gewiß! Aber es war ein Beschluß, der unter den gegebenen Umständen allein imstande war, die Situation halbwegs zu retten.

Nun konzentrierte sich das Interesse natürlich darauf, wie die Delegation des Metallarbeiterverbandes ihren ungewöhnlichen Beschluß begründen würde. In der fast einen ganzen Tag in Anspruch nehmenden Debatte über das Problem der nuklearen Waffen vertrat der Generalsekretär des TUC, *Vincent Tewson*, und der Bergarbeiterführer *Sam Watson* die offizielle Linie, während *Frank Cousins*, der Generalsekretär der Transportarbeiter, wie in den vergangenen Jahren der Hauptredner der Opposition war. Die größte Aufmerksamkeit fand aber der AEU-Vizepräsident *John Boyd*, der die Haltung seiner Delegation erklärte. Er konnte sich darauf stützen, daß die beiden einander widersprechenden Standpunkte – der offizielle und der Cousins' – aus taktischen Gründen so formuliert waren, daß sie einander nicht absolut entgegengesetzt waren, daß also die gewählten Worte nicht restlos die Absicht widerspiegeln, die dahintersteckte. Cousins hatte keinen Austritt aus der Nato verlangt und jeden Extremismus vermieden, um Andersgesinnten die Unterstützung seiner Linie nicht zu erschweren. Das

Wort «einseitiger Verzicht» kam bei ihm nicht vor. Seine Resolution verlangte nicht die Abkehr von Atomwaffen, sondern die Abkehr von einer Strategie, die auf Kernwaffen aufgebaut ist – ein feiner Unterschied vielleicht, aber doch ein Unterschied. Auch die offizielle Deklaration enthielt manches, wie den Verzicht auf in Zukunft erzeugte Kernwaffen, was manche ihrer Gegner ansprechen konnte. Darum vermochte Boyd nach einem Bekenntnis zur traditionellen TUC-Politik – kollektive Sicherheit, international vereinbarte Abrüstung – zu erklären, daß seine Delegation gegen Cousins' Formeln keine Einwendungen habe.

Da die 900 000 AEU-Stimmen für beide Resolutionen abgegeben wurden, erhielten sie beide die Mehrheit, die von Cousins mit einem größeren Vorsprung als die offizielle, bei der aber doch um 700 000 mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen abgegeben wurden. Natürlich ist es kein erfreulicher Zustand, wenn ein Kongreß zwei Beschlüsse faßt, von denen der eine in Wirklichkeit das Gegenteil des anderen sagt. Es haben auch manche Anhänger der offiziellen Politik verlauten lassen, sie hätten ein klares Votum vorgezogen, auch wenn sie mit ihrer Ansicht in der Minderheit verblieben wären. Und doch war die das eigene Prestige aufopfernde Haltung der Delegation des Metallarbeiterverbandes eine große Tat im Interesse der demokratischen Gewerkschaftsbewegung und der westlichen Solidarität, denn nur so konnte verhindert werden, daß ein Bekenntnis zu den traditionellen Auffassungen der freigewerkschaftlichen Bewegung auf dem Kongreß in Douglas in der Minderheit blieb.

Die Frage der «wilden» Streiks

Angesichts des unverhältnismäßig großen, meist durch eine ebenso sensationsgierige wie gewerkschaftsfeindliche Presse herbeigeführten Aufsehens, das eine Reihe «wilder», das heißt mutwillig und gegen den Willen der zuständigen Gewerkschaften ausgerufenen Streiks fand, hat der vorjährige TUC-Kongreß beschlossen, eine gründliche Untersuchung des Umfangs und der Gründe dieser Erscheinung einzuleiten. Das Ergebnis dieser Erhebung wurde dem Kongreß zusammen mit dem Tätigkeitsbericht des Generalrates (Vorstand) vorgelegt. Sie brachte keine überraschenden Kenntnisse. Angesichts der Diszipliniertheit, die eine englische Nationaleigenschaft ist und in der Gewerkschaftsbewegung immer hochgehalten wurde, ist das Auftauchen wilder Streiks in England sicher etwas Ungewöhnliches. Der TUC-Bericht und die Debatte in Douglas ergaben aber, daß ihr Ausmaß weit geringer war, als man dem Zeitungslärm nach meinen könnte. In vielen Fällen, so wurde gesagt, ist mangelndes Verständnis auf Arbeitgeberseite die Veranlassung von an sich vermeidbaren Arbeitskonflikten gewesen. Im ganzen gesehen, gab es in Großbritannien 1959 weniger Streiks – offizielle und inoffizielle – als in

den vorhergehenden Jahren und vergleichsweise viel weniger als in den Vereinigten Staaten. Der dem Kongreß in Douglas erstattete Bericht schließt aber keinesfalls die Augen vor unerfreulichen Erscheinungen auch im eigenen Lager. In einem Teil der Presse wurden die Betriebsvertrauensleute der Gewerkschaften (die sogenannten «Shop Stewards») als die Wurzel alles Uebels, als niemandem verantwortliche Menschen mit einer sadistischen Lust zum gewaltsamen Austragen von Arbeitskonflikten beschrieben. Die Untersuchung, die der Gewerkschaftsbund angestellt hat, bestätigte, was jedem Kenner der Dinge geläufig war: Die meisten «Shop Stewards» versehen die wichtige Funktion der Vertretung der Mitglieder ihrer Gewerkschaft im Betrieb mit Ernst und Hingabe. Sie handeln diszipliniert und im Einklang mit den Direktiven ihrer Verbände. Es wurden aber auch Ausnahmen festgestellt. In zahlenmäßig vereinzelt Fällen haben die Betriebsvertrauensleute, es handelte sich oft um Kommunisten, die offenkundig Weisungen ihrer Partei folgten – eigenmächtig gehandelt und von sich aus zur Streikwaffe gegriffen. Es gibt insgesamt 200 000 Betriebsvertrauensleute, sagte *Tom Williamson*, Generalsekretär der Gemeindearbeiter, in Douglas, und nur eine Handvoll von ihnen gehöre zu den «schwarzen Schafen». Im Bericht war vorgeschlagen worden, den angeschlossenen Verbänden zu empfehlen, gegen solche «schwarze Schafe», die die Grundlagen der demokratischen Gewerkschaftsbewegung untergraben, mit disziplinarischen Mitteln und gegebenenfalls mit dem Ausschluß vorzugehen. Bei der Debatte in Douglas zeigte sich weitgehende Zustimmung zu den Schlußfolgerungen, die in dem Bericht enthalten waren; aber zwei kommunistische Sprecher verlangten die Streichung der Empfehlung, daß im Notfall und wenn alle anderen Mittel versagen, disziplinarische Mittel gegen illoyale Elemente angewendet werden sollen. Sie begründeten ihre Haltung natürlich mit dem Einwand, überzeugen und belehren sei besser als bestrafen, und gingen an den Feststellungen des Berichtes vorbei, daß man zu schärferen Maßnahmen eben nur dort greifen wolle, wo alle anderen Einflußmöglichkeiten sich erschöpft haben. Der Kongreß in Douglas fühlte sehr genau, daß es den beiden kommunistischen Rednern in Wirklichkeit nur darauf ankam, gewissen Unruhestiftern die weitere Ausübung ihres Handwerks zu ermöglichen, und nahm die Vorschläge der Leitung des Gewerkschaftsbundes unverändert an. Freilich kann der Gewerkschaftsbund als solcher wie in allen, so auch in diesem Falle, nur eine Empfehlung aussprechen. Ob und inwieweit Schritte ergriffen werden, ist Sache der in diesen Dingen völlig autonomen Verbände, in deren Reihen sich unbotmäßige Mitglieder befinden. Aber die entschiedene Stellungnahme des Gewerkschaftsbundes sowohl gegen eine sinnlose Aufbauschung verhältnismäßig geringfügiger Vorgänge als auch gegen Elemente, denen die gewerkschaftliche Disziplin fremd ist,

widerlegt den in einem Teil der Presse oft erhobenen Vorwurf, der TUC stehe den Dingen gleichgültig oder verständnislos gegenüber.

Ein neuer Generalsekretär

Von den sonstigen Beschlüssen des diesjährigen britischen Gewerkschaftskongresses ist namentlich die Bestellung eines neuen Generalsekretärs des Bundes zu verzeichnen. Der jeweilige Generalsekretär des TUC hat nicht nur innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine bedeutende Rolle zu spielen, sondern ist – da der Vorsitz von Jahr zu Jahr wechselt – als auf mindestens ein Jahrzehnt gewählter Funktionär der wichtigste Sprecher der Bewegung im ganzen öffentlichen Leben des Landes und in der Gewerkschaftsinternationale. *Vincent Tewson*, der das Amt des Generalsekretärs 1946 von *Walter Citrine* übernommen hatte, ist nach Abschluß des Kongresses von Douglas mit Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. Als sein Nachfolger wurde ohne Gegenkandidaten Tewsons bisheriger Stellvertreter, der 55jährige *George Woodcock*, bestellt. Woodcock, der schon als 12jähriger in der Textilindustrie sein Brot verdienen mußte und als 15jähriger Kassier der Ortsgruppe seines Verbandes wurde, ist seit 25 Jahren im Gewerkschaftsbund tätig, wo ihm, der mit Hilfe von Stipendien Nationalökonomie studiert hat, die Betreuung der wirtschaftlichen Fragen zufiel. Auf politischem Gebiet und im internationalen Feld hat sich Woodcock bisher nicht betätigt. Da er nun die Funktionen Tewsons in der internationalen Gewerkschaftsbewegung übernehmen wird, werden auch deren Funktionäre bald feststellen können, daß Woodcock ein Mann außerordentlicher Fähigkeiten ist.

J. W. Brügel, London